

Plötzlich will alt Bundesrätin Calmy-Rey den EU-Beitritt.

Hat sie ein schlechtes Gewissen?

Als Aussenministerin wollte sie von einem EU-Beitritt nie nur das Geringste wissen. Jetzt ist plötzlich alles anders.

Die Abstimmung über die SVP-Abschottungsinitiative steht auf des Messers Schneide, ein Erfolg scheint möglich. Die SVP möchte die Personenfreizügigkeit abschaffen. Die ist für Brüssel eine unabdingbare Voraussetzung, um mit der Schweiz auch ohne Beitritt offen zu wirtschaften - via bilaterale Verträge. Weit über die SVP hinaus ist die Forderung eines EU-Beitritts ganz und gar unpopulär. Doch just jetzt geht die ehemalige Aussenministerin Micheline Calmy-Rey mit einem Buch in die Offensive und fordert den EU-Beitritt der Schweiz. Dies, obwohl sie als Bundesrätin von einem solchen nie etwas hatte wissen wollen. Hat sie wegen dieses Versäumnisses ein schlechtes Gewissen? Und bekommt die SVP-Abschottungsinitiative durch ihre Äusserungen jetzt zusätzlichen Schub?

Bittstellerin.

Calmy-Rey sagt, sie denke nur nach und verfolge keine politischen Absichten. Der Kern ihrer Gedanken: Der bilaterale Weg der Schweiz führt in eine Sackgasse. Die „Bastelei“ des Bundesrates an einem Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz garantiert nicht einmal mehr das letzte Stück Entscheidungsfreiheit, das die Schweiz heute noch hat. Schon jetzt sind über 60 Prozent aller Bundesgesetze Anpassungen an europäisches Recht. Und da kommt in nächster Zeit noch einiges hinzu. Ein Stromabkommen und eine Chemikalienverordnung, der Marktzugang für Finanzdienstleister oder die Besteuerung von Schwarzgeldern in der Schweiz.

Bei all diesen Themen ist die Schweiz in der Rolle der Bittstellerin. Aus einem einfachen, aber entscheidenden Grund. Sie braucht den Zugang zu den EU-Märkten. Allein das süddeutsche Bundesland Baden-Württemberg ist für die Schweiz ein wichtigerer Handelspartner als die USA. Kein noch so lebenswürdiges Freihandelsabkommen mit China oder Indien kann gute Beziehungen zu Stuttgart ersetzen.

Tatsächlich ist die Schweiz also passives Mitglied der EU: Deren Politik ist in hohem Masse entscheidend für die Schweiz, wir können nur nicht mitbestimmen.

So weit, so banal. Also nichts Revolutionäres, was sie nicht schon im Amt hätte sagen können. Dies erst noch mit weniger politischem Schaden.

Matthias Preisser.

Work. 7.2.2014.

Work > EU-Beitritt. Micheline Calmy-Rey. Work. 2014-02-07